

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld monatlich 3 Bl. In den Ausgabestellen monatlich 2,75 Bl. Bei Postbeamten monatlich 3,11 Bl. Unter Streisband in Polen monatlich 5 Bl. Danzig 2,5 Guld. Deutschland 2,5 Rentenmark. Einzelnummer 20 Groschen. — Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Ausperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Berufung Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die 30 mm breite Kolonialszeile 20 Groschen, die 90 mm breite Nellameisele 100 Groschen. Danzig 20 bzw. 100 Dz. Pf. Deutschland 20 bzw. 100 Goldpf., übriges Ausland 100 % Aufschlag. — Bei Platzanschrift und schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Öffertengeschr. 50 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postcheckkonten: Stettin 1847, Polen 202157.

Nr. 118.

Bromberg, Donnerstag den 22. Mai 1924.

48. Jährg.

Frankreich und Deutschland.

Gedanken eines französischen Generals.

In Nr. 18 des Pariser "Journal du Peuple", einer recht weit linksgerichteten, von Henri Fabre geleiteten Wochenschrift, schreibt der bekannte französische General Vercin:

Viele Franzosen glauben, daß wir sicherlich siegen würden, wenn wir in näherer Zukunft einen Krieg gegen Deutschland befäßen, weil wir:

1. mehr Kriegsmaterial haben als die Deutschen;
2. 800 000 Soldaten in unseren Kasernen haben, während die Deutschen nur 200 000 haben (es sind in Wahrheit 100 000! D. Red.), oder höchstens 400 000, wenn man die Polizeitruppen mitrechnet.

Nichts ist falscher als diese Argumentierung. Man führt den Krieg nicht mit Soldaten aus der Kaserne, sondern mit den Bürgern des bewaffneten Volkes.

Unsere Truppenstärke ist unserer Ansicht nach eine Schwäche:

weil sie in der Öffentlichkeit den irreführenden Eindruck der Stärke hervorruft;

weil sie unsere Regierenden verleitet hat, die Mobilisierung von nur anderthalb Millionen Reservisten vorzubereiten;

weil sie ihnen einen Feldzugspunkt eingegeben hat, der scheitern muß, wenn unsere Verbündeten die Räumung der rheinischen Provinzen von uns fordern.

Die Schwäche des deutschen Friedensheeres ist für unsere Nachbarn in unsern Augen dagegen eine Stärke; weil sie dadurch genötigt wurden, ihre Reserven in dem Maße zu organisieren, daß sie, wie Herr Bräuer im Senat am 27. Oktober 1921 es ausgesprochen hat, „seine Millionen ausgebildeter Reservisten haben, die zu Kriegseinheiten zusammengeschlossen, mit Militärpässen versehen und jederzeit mobilisierbar sind.“

Andererseits war der Neuanfang gelöst in Deutschland im Augenblick des Waffenstillstandes erschlossen, wie Herr Maurice Barrès nach seiner Rückkehr aus Deutschland am 28. Februar 1920 in der Kammer erklärt hat. Die Politik der französischen Regierung hat ihn wieder angefacht.

Ein Volk, das von kriegerischer Gest durchdrungen ist und über einen großen Bestand kriegsberederter Reserven verfügt, besitzt im wesentlichen alles, was man zum Sieg braucht. Das Kriegsmaterial ist etwas Nebensächliches.

Die Deutschen haben übrigens Vorbereitungen für die eventuelle Waffenlieferung durch das Ausland getroffen.

Ich sehe nur ein Mittel zur Beschwörung der Gefahr, die uns bedroht: das ist — in Erwartung der Vereinten Staaten von Europa — die Begründung der Vereinten Staaten von Frankreich-Deutschland, wie ich sie bereits seit langem gefordert habe.

Wenn wir Deutschland helfen, sich wieder aufzurichten, werden wir unsere Ruinen schneller wieder aufzubauen, als wenn wir Deutschland unter der beständigen Drohung einer bewaffneten Intervention halten.

Es gibt kein Volk auf der Welt, dessen Eigenschaften diejenigen unseres Volkes besser ergänzen, als das deutsche. Es wird nicht Friede werden in Europa, ehe diese beiden Völker völlig verschont sind.“

Herriot über „die einzige Lösung“.

Der Führer der durch ihren Wahlsieg in den Mittelpunkt des Interesses gerückten Radikalsozialen, Eduard Herriot, gewährte dem bekannten Mitarbeiter des "Maien", Jules Sauerwein, eine Unterredung, in der er u. a. erklärte:

"Wenn Sie meine allgemeine Auffassung an kennen möchten, dann will ich Ihnen sagen, daß für den Augenblick die auswärtige Politik das Wesentliche ist. Man kann nicht davon reden, daß wir die militärischen und finanziellen Lasten, die wir ertragen, verringern, ohne vorher Frankreich gegenüber Europa und der Welt in eine befriedigende Lage gebracht zu haben. Das wäre die erste Aufgabe der Regierung. Ist Ihre Lösung möglich? Ich glaube: ja. Frankreich hat die Pflicht, das Seine dazu beizutragen. Man hätte es das Recht, sich hinter seine eigenen Leiden zu verschanzen. Aber ich habe so großes Vertrauen in Frankreich, daß ich es für fähig halte, die Befriedigung seiner Schuforderungen mit der Wiederherstellung Europas und des Weltfriedens zu vereinen. Frankreich muß sich bemühen, die anderen Mächte zu versichern. Die Welt hat sich geändert. Es genügt nicht mehr, daß wir unsere traditionellen diplomatischen Künste spielen lassen. Wir müssen der neuen Denkungsart Rechnung tragen. Dann werden wir bereit sein, unsere Lösungen vorzuschlagen."

Glauben Sie, daß wir wohl daran getan haben, Deutschland zusammenzuschweißen, um ihm einen Block zu machen? Durch unseren Mangel an Unterscheidungsvermögen haben wir zwischen den Deutschen den Zusammenhang wieder hergestellt, der nach dem Kriege nicht mehr bestand. Jetzt sind die demokratischen Elemente in Deutschland ein wenig durch unsere Schuld, durch eine stürmische Welle des Nationalismus erstickt. Die demokratischen Elemente aber sind eine der besten Garantien des Friedens. Für das große Werk der internationalen Verständigung, in dem wir die Erfüllung unserer Forderungen finden müssen, brauchen wir Diplomaten, Männer, die ihre Zeit verstehen und wünschen, den nahen Frieden zu verwirklichen."

Der Pariser Korrespondent der "Neuen Zürcher Zeitung" berichtet seinem Blatte über eine Unterredung mit Herriot, in der dieser als Programm der radikal-sozialistischen Partei das traditionelle republikanische Programm bezeichnete, erweitert durch liberale Reformen und ein Friedensprogramm, wie es die Zeit erhoffte. Poincaré habe die Reparationsfrage nicht erfaßt und sie nur in ihren juristischen, aber nicht in ihren wirtschaftlichen Faktoren gesehen. Weiter sagte Herriot:

"Wir müssen danach trachten, von Deutschland Garantien allgemeiner Art zu erhalten. Dieses System würde uns die vollständige Räumung der Ruhr erlauben von dem Augenblick an, wo unser Guthaben gegenüber Deutschland mobilisiert oder internationalisiert ist. Es gibt keine

andere Lösung, wenn wir nicht eine für den europäischen Frieden höchst gefährliche Situation schaffen wollen. Die Rechte Frankreichs können nur durch ein internationales Regime der Schiedsgerichtsbarkeit und der Sicherheit gesichert werden."

System Poincaré.

"Sanktionen" in Düsseldorf.

Die französische Besatzungsbehörde hatte der Stadt Düsseldorf aufgegeben, am 17. Mai mit dem Bau einer neu angeforderten Artilleriekaserne zu beginnen, den die Stadt mit Rücksicht auf ihre pekuniäre Notlage — der Bau würde sich auf ca. 19 Millionen Goldmark stellen — verweigerte. Als am bezeichneten Termin die Stadt bei ihrer Weigerung verharzte, drohten die Franzosen, die Epizentren der Stadtverwaltung und die Fraktionsführer der Stadtvertretung zu verhaften. Da trotzdem mit dem Bau nicht begonnen wurde, hat die französische Behörde als Sanktionen folgende Gebäude beschlagnahmt:

1. Den großen Kunstabst. Am 1. Juni sollte darin die Düsseldorfer Kunstausstellung eröffnet werden. Die Gemälde waren bereits in den letzten Tagen dorthin gebracht.

2. Die Konzertsäle des Zoologischen Gartens. Diese Säle hatte die städtische Verwaltung in der letzten Zeit renoviert. Der Betrieb sollte neu organisiert und der Garten dem Publikum wieder zugänglich gemacht werden.

3. Das Werk der Rheinischen Metallwaren- und Maschinenfabrik.

4. Einen Neubau der Rheinstahlgesellschaft.

5. Die gedeckte Meitbahnhof der Schuhpolizei.

6. Sämtliche Wohnungen der Schupo. Das Reich hatte diese 145 Wohnungen erbaut. Erst in den letzten Wochen hatte die Stadt diese Wohnungen vom Reich übernommen.

Nach der Vorabstimmung in Hannover.

Noch über das Ergebnis.

Das Reichsministerium des Innern teilt unter Bekanntgabe des vorläufigen (bereits gestern von uns mitgeteilten) Ergebnisses der Volksabstimmung in Hannover folgendes mit: Eine Abstimmung über die Frage, ob die Provinz Hannover mit Ausnahme des Regierungsbezirks Anrich aus Preußen ausscheiden soll, um ein selbständiges Land zu bilden, findet hierauf nicht statt.

Der Oberpräsident der Provinz Hannover, Gustav Noske, äußerte sich — dem "Hann. Kurier" zufolge — über das Wahlergebnis der Welfen und führte dabei etwa folgendes aus:

"Die heutige Abstimmung bedeutet einen Wendepunkt in der neuen deutschen Geschichte. Der Gedanke der staatsbürglichen Verantwortlichkeit hat über den englischen und reichsfeindlichen Partikularismus gestiegen. Entschiedene Zurückweisung verdient die bayerische Einmischung in innerpreußische Verhältnisse, wie wir sie in dem Auftreten bayerischer verantwortlicher Politiker, wie des bayerischen Innenministers Dr. Schreyer, zugunsten der deutschhannoverschen Separatisten in den letzten Wochen erleben mussten. Die gemeinsame Arbeit aller politischen Parteien beim Abwehrkampf gegen reichsfeindliche Bestrebungen hat gezeigt, daß stärker als alle innenpolitischen Gegensätze das Gefühl der Verantwortung gegenüber dem großen deutschen Volksangehörigen wirksam ist."

Das Abstimmungsergebnis in Hannover wird überall im deutschen Volke mit lebhafter Genugtuung begrüßt werden. Im Gegensatz zu anderen Wahlen, deren Ergebnis sehr bald wieder korrigiert werden kann, hätte der 18. Mai, obwohl es sich nur um eine Vorabstimmung handelt, doch eine ernsthafte Erschütterung der Bismarckischen Reichseinheit bedeutet, wenn sich die Mehrheit der Hannoverschen Bevölkerung für die Abtrennung von Preußen ausgesprochen hätte. Aber in einem der Regierungsbezirke, in denen abgestimmt wurde, haben die Welfen das Drittel erreicht, das ihnen zu einem Sieg verholfen hätte. Die Feinde der Deutschen Einheit, insbesondere die Franzosen, sind um eine Hoffnung ärmer geworden. Nachdem die Bevölkerung der besetzten Gebiete den Separatismus so kräftig aus dem Felde geschlagen und immer wieder den unerschütterlichen Willen bekundet hat, beim Reich zu bleiben, bedeutet der 18. Mai eine neue und erfreuliche Festigung der inneren Einheit Preußens und des Reichs, und man darf nun hoffen und erwarten, daß die leidige welsche Frage endgültig als erledigt gelten kann.

Gefährliche Propaganda.

Interpellation

des Abg. Graebe und Gen. von der Deutschen Vereinigung im Sejm an den Herrn Innenminister wegen ungerechtfertigter Ausweisung und Mißhandlung eines unzuverlässigen polnischen Staatsbürgers.

Der Arbeiter Albert Wenzel ist am 21. 8. 1898 als Sohn des Arbeiters Albert Wenzel in Beisigendorf bei Dirschau geboren. Er war in der Zeit von 1915 bis 1917 als Hausdiener in Danzig tätig. Kurz vor Ausbruch der deutschen Revolution, im September 1918, wurde er zum Militär eingezogen und war bis Juni 1919 Soldat in Danzig. Von da ab hielt er sich wieder in Dirschau bzw. bei seinem Vater in Beisigendorf auf. Wenzel besitzt nach Art. 4 des Minderheitenschutzvertrages und nach der Entscheidung des internationalen Schiedsgerichtshofes im Haag vom 15. Sept. 1923 sowie nach der Entscheidung des Völkerbundes vom Oktober 1923 unzweifelhaft die pol-

Der Polt (Gulden) am 21. Mai

(Vorbörslicher Stand um 10 Uhr vormittags)

Danzig: 1 Dollar = 5,20—5,21 Polt
100 Zloty = 110% Gulden

Warschau: 1 Dollar = 5,18—5,21 Polt
1 Dz. Guld. = 0,90—0,91 Polt

Rentenmark . . . = 1,24 Polt

nische Staatsangehörigkeit. Trotzdem wurde Wenzel am 4. Februar 1924 von der Polizeibehörde in Dirschau ausgewiesen und über die Grenze nach dem Danziger Gebiet abgeschoben. Er wurde an demselben Tage noch von den Danziger Grenzbeamten ins polnische Gebiet zurückgebracht. 14 Tage darauf wiederholte sich derselbe Vorgang. Am 2. April 1924 wurde Wenzel morgens um 8 Uhr von seiner Arbeitsstätte durch die Polizei in das Gefängnis des Amtsgerichts in Dirschau übergeführt. Der ihn transportierende Wachtmeister misshandelte den Wenzel im Büro des Gefängnisses aufs grausamste. Es schlug ihn mit der Faust derartig mehrere Male ins Gesicht, daß ihm 3 Bähne des Unterkiefers ausgeschlagen wurden. Er bezeichnete ihn als Niemiec, Schwab und spuckte ihm ins Gesicht. Der durch die Misshandlungen mit Blut bespritzte Schal des Wenzel wurde ihm fortgenommen und später, um die Sache zu vertuschen, ausgewaschen zurückgegeben. Daraufhin wurde Wenzel 14 Tage lang im Gefängnis behalten und am 16. April direkt vom Gefängnis aus gefesselt wie ein Schwerverbrecher über die Weichselbrücke bei Dirschau auf Danziger Gebiet gebracht. Am Abend desselben Tages wurde Wenzel von Danziger Grenzbeamten in die Bahn gesetzt, damit er nach Dirschau zurückkehre. Wenzel begab sich auf dem Dirschauer Bahnhof angelkommen, auf Umwegen nach seiner väterlichen Wohnung. Er begab sich von dort auf verborgenen Wegen zu seiner Arbeitsstätte, um erneuten Aufgriffen und erneuten Misshandlungen der Dirschauer Polizei zu entgehen.

Dieser Fall ist so ziemlich das Unerhörteste, was gegen friedliche polnische Staatsbürger deutscher Nationalität unternommen wird. Es wird nicht bloß die Entscheidung des internationalen Schiedsgerichtshofes und des Völkerbundes und der Inhalt des Minderheitenschutzvertrages mit Füßen getreten, sondern dem friedlichen, unschuldigen Arbeiter wird durch rohe Polizeiorgane der schwerste Schaden an Leib und Leben zugefügt. Es ist offensichtlich, daß die eigenartigen, deutschfeindlichen Ausweisungsmethoden, die von der Thorner Wojewodschaft getötigt werden, die unteren Polizeiorgane in einem derartigen Verhalten bestärken und dazu aufmuntern. Fälle wie dieser schreien geradezu zum Himmel.

Angesichts dieses unerhörten Vorganges fragen wir den Herrn Minister an:

1. Sind dem Herrn Minister diese Vorgänge bekannt?
2. Wenn ja, billigt er sie?
3. Was gedenkt der Herr Minister zu tun,
 - a) daß die zu unrecht erfolgte Ausweisungsmethode gegen Wenzel zurückgenommen wird,
 - b) daß der Polizeibeamte, der sich die Misshandlungen hat zuschulden kommen lassen, bestraft werde,
 - c) daß die von der Thorner Wojewodschaft getötigte Ausweisungsmethode unterbunden werde?

Warschau, den 20. Mai 1924.

Die Interpellanten.

Religiöse Toleranz.

Interpellation

des Abg. Graebe u. Gen. von der Deutschen Vereinigung im Sejm an den Herrn Innenminister wegen erzwingung einer Teilnahme deutscher evangelischer Kinder am polnisch-katholischen Festgottesdienst am 12. Februar 1924 in Zemielburg in Pommern.

Gelegentlich des Ortsfeiertages am 12. Februar 1924 fand in Zemielburg ein Umzug statt, an dem die deutschen evangelischen Schul Kinder teilnahmen. An den Umzug schloß sich ein Festgottesdienst in der polnisch-katholischen Pfarrkirche an. An diesem katholischen Gottesdienst mußten auch die deutsch-evangelischen Kinder auf Veranlassung des polnischen Rektors teilnehmen. Der Widerspruch einzelner größerer Kinder fruchtete nichts. Die Kinder wurden trotzdem zur Teilnahme gewungen. Der Eltern hat sich infolge dieser grotesken Intoleranz des Schulleiters eine große Erregung bemächtigt. Die religiösen Gefühle der evangelischen Bevölkerung sind durch diese Vergewaltigung aufs tiefste verletzt worden.

Wir legen gegen diese Misshandlung religiöser Überzeugungen durch den polnischen Schulleiter scharfe Verwahrung ein und fragen den Herrn Minister an:

1. Ist dem Herrn Minister das erwähnte Vorkommen bekannt und geschieht es in seinem Einverständnis?
2. Wenn nicht, was gedenkt er zu tun, um den Rektor zur Verantwortung zu ziehen?
3. Wie gedenkt der Herr Minister derartige Vorkommen für die Zukunft zu verhindern?

Warschau, den 20. Mai 1924.

Die Interpellanten.

Zur Eröffnung des Sejm.

(Von unserer Warschauer Redaktion.)

AEM. Warschan, 20. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Eine wichtige Sejmssession hat hente begonnen. Sie wird in inner- und außenpolitischer Hinsicht schwerwiegende Entscheidungen bringen. Sejmmarschall Rataj hat das Programm dieser Session bekannt gegeben. Über seinen offiziellen Charakter konnte er nicht offen bezeichnen, was die Allgemeinheit, deren Augenmerk scharf nach Warschan gerichtet ist, da sie instinktmäßig fühlt, daß „etwas in der Lust liegt“, gern, allzugerne vernommen hätte. Die Regierung Grabbski, die befannlich eine außerparlamentarische, eine Beamtenregierung ist, verlangt neue außerordentlich weitgehende Vollmachten vom Sejm. Das bisherige Ermächtigungsgebot hat nur noch bis Ende Juni Gültigkeit. Mit großer Uneigentümlichkeit ließ der Sejm die Regierung sechs Monate lang gewähren, wie es ihr gut dünkte. Grabbski hat ja überhaupt nur unter dieser Bedingung die Kabinettbildung übernommen. Gewiß hat Grabbski Großes geleistet. Aber er hat auf dem steilen Wege zur Sanierung Klippen und Grade erklimmen, wohin ihm die Wirtschaft Polens nicht folgen kann. Denn man hat sie vorher durch unerhörte Blutabspülungen frank und müde gemacht. Wer ihm trotzdem zu folgen versucht, ist abgestürzt. Grabbski stieg aber immer weiter. Ohne sich umzuschauen. Er gönnte sich und den Andern keine Atempause. Er sieht nur eins vor sich: den goldglegenden Gipfel, alles andere scheint ihn nichts anzugehen. Dem Sejm will er über sein Tun keine Rechenschaft ablegen. Wozu? Auch hat er keine Zeit dazu. Aber der Sejm ist nicht mehr gewillt, ihm blind zu vertrauen. Die Abgeordneten aller Parteien sehen die Verschlagenen zu Tausenden am Boden liegen. Sie hören das Jammer der Verwundeten und machen dem Führer Zeichen, daß seine Radikalcur bald in das Gegen teil dessen umschlagen muß, was ursprünglich beabsichtigt war. Er aber achtet nicht darauf. Vielmehr verlangt er mit einer diktatorischen Handbewegung neue weitreichende Vollmachten, auf daß er die sich gestellte Kletteraufgabe sonder Bögern ganz lösen kann. Er hat ein neues Projekt ausgearbeitet, das vom Sejm besondere Vollmachten in folgenden Angelegenheiten fordert: Gewährung von Krediten, Sparvereinaktion, Verkauf staatlichen Besitzes, weitere Steuern, Zahlungs- und Handelsbilanz, ferner in den wichtigsten wirtschaftlichen Angelegenheiten. Im Sejm sieht man sich überrascht an. Erstaunte Blicke, Achselzucken, Getuschel. „Das geht entschieden zu weit! Was aber beginnen? Konferenzen werden abgehalten. Die Stimmung in den einzelnen Klubs wird erforscht. Es fällt auf, daß die Wyżwolenie-Partei sich außerordentlich rührig zeigt. Man weiß bereits hier und dort, daß sie Säden nach der Piastenpartei gesponnen hat. Diese hat sich nicht passiv verhalten, sondern ist auch sehr eifrig am Werk. „Bodenreform, Bodenreform“, so summt sie wieder ihr altes Lied. Vor einigen Tagen noch ganz leise. Heute klingt es aber schon recht deutlich. Die Dubanowicze-Lente, die Großagrarier, sind darauf nervös geworden. Sie möchten Grabbski nicht ganz fallen lassen, denn sie wissen, daß dann wieder eine parlamentarische Regierung ans Ruder kommt, die gewiß nicht ihre Minister den Rechtsparteien entnehmen wird.

Wyżwolenie. Sozialdemokraten wollen über den Ministerposten Samoyski hinweg die ganze Regierung in Verlegenheit bringen. Auf diese Weise würde man sie nicht abzuleugnen. Verdiente Grabbski nicht schmälen, andererseits würde man aber doch das erreichen, was man sehnlichst anstrebt: die Kabinettskrise. Grabbski will man nicht ganz verdrängen. Es soll sich nur mit dem Portefeuille des Finanzministers begnügen. Die Ministerpräsidentschaft aber will man ihm auf keinen Fall länger lassen.

Wer aber soll Ministerpräsident werden? In den Wandelgängen des Sejm schlagen zwei Namen ins Ohr: Sikorski und Thugutt. Beides sind ungewöhnlich begabte Männer, die während ihrer politischen Laufbahn Etwas gelernet und zum Teil auch geleistet haben.

Von Samoyski verlautet, daß er schon ganz mürrisch geworden sei. Er will noch einen Rechtfertigungsversuch vor der Kommission für auswärtige Angelegenheiten machen, wo ihm sein scharfer Gegner und vorzüglicher politischer Feind Dąbrowski von der Wyżwolenie-Partei die „Schlinge um den Hals legen“ will. Nur noch wenige Tage trennen uns von dieser viel interessanteren versprechenden Sitzung, in der man über Samoyski selbst, wie auch über den gesamten polnischen Auslandsdienst zu Gericht sitzen wird.

Der Verlauf der 120. Sejm-Sitzung.

M. Warschan, 20. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Heute nachmittag 5½ Uhr begann der Sejm wieder seine Beratungen, nachdem er ca. 6 Wochen in den Ferien geweilt hat. Er soll in dieser Session eine sehr umfangreiche Arbeit verrichten. Es sind einige Dutzend Interpellationen eingegangen, u. a. eine der Befürworten in Sachen der Nichtanerkennung der bürgerlichen Rechte der Weißrussen durch die polnischen Behörden, eine der PPS. Über das Schlagen der Gefangen in den Ostkreisen, eine des Nationalen Volksverbandes (ZLN) über das Verteilungswesen in den Ostgebieten und die Verbreitung kommunistischer, antistaatlicher und antireligiöser Propaganda in den Ostgebieten, dazu mehrere Interpellationen von deutscher Seite.

Der Sejmarschall teilte alsdann mit, daß zwei Interpellationen der kommunistischen Abgeordneten Rytowski und Ładucki nicht zur Vorlesung gelangen würden, weil sie zahlreiche beleidigende Ausdrücke enthielten.

Von Seiten der Staatsanwaltschaft sind Anträge eingegangen, 16 Abgeordnete auszuliefern, darunter den deutschen Abg. Pankraz aus Bromberg (Sozialdemokrat) wegen Verächtlichmachung der Staatsbehörden in einer öffentlichen Rede.

In erster Lesung beschäftigte sich der Sejm mit dem Gesetzentwurf über Besoldung der Staatsfunktionäre, Militärbeamten und Pensionäre. Der Gesetzentwurf wurde der Budgetkommission überwiesen.

Auf Antrag des Abg. Dąbrowski wird der Antrag des Abg. Bartłomiejski in Sachen der Agrarreform auf die Tagesordnung gesetzt.

Das Gesetz über das Genossenschaftswesen soll auf Oberschlesien ausgedehnt werden. Es wurde demgemäß beschlossen. Das Gesetz ist weitreichender als das bisher in Oberschlesien gültige deutsche Gesetz.

Abg. Michalski referierte über den Gesetzentwurf, der die Besteuerung des Bieres. Hierzu sprachen noch der Abg. Diamand (P. P. S.), der Vertreter des Finanzministeriums, Glowacki, die Abgeordneten Małkowski (Wyżwolenie), Sommerstein (FDP, Klub) und Bacnoja. Der Gesetzentwurf wurde in 2 und 3. Lesung angenommen.

Abg. Świecki referierte über einen Gesetzentwurf, der den kleinen Besitzern die Bezahlung der Vermögenssteuer erleichtern will. Der Gesetzentwurf wird der Agrarkommission überwiesen und muß dort binnen 10 Tagen erledigt sein.

Abg. Świecki referiert alsdann über eine Novelle zum Dekret über die Organisation der Behörden zum Waldschuß. Dieses Dekret betrifft nur den Kongresspolnischen Teil. Die Kommission fordert in einer Resolution die Regierung auf, ein Projekt über die Ausdehnung des Gesetzes auf das ganze Gebiet Polens vorzulegen. Der Gesetzentwurf wird mit einigen Verbesserungsanträgen in zweiter Lesung angenommen.

Die Verkehrskommission hat ihre Ansicht zum Gesetzentwurf über die Umgrenzung der Tätigkeit des Eisenbahnamisters und über die Organisation der Eisenbahnbehörden fundgetan. Abg. Baczkowski erklärte, daß unsere Eisenbahnen langsam aus dem Defizit herauskommen. Die Eisenbahn müsse einheitlich geleistet sein und die Trennung nach drei Teilebigen überwinden. Der Gesetzentwurf gelangt in zweiter und dritter Lesung zur Annahme.

Als dann beschäftigte man sich mit verschiedenen Dringlichkeitsanträgen. Abg. Przyłucki begründete einen Dringlichkeitsantrag über die Schließung der jüdischen Privatschule in Terespol. Nachdem hierzu ein Regierungsvertreter gesprochen hatte, wurde die Dringlichkeit des Antrages abgelehnt und der Antrag der Kultuskommission zur weiteren Bearbeitung überwiesen.

Anerkannt wurde u. a. die Dringlichkeit eines vom Abg. Osiecki begründeten Antrages, demzufolge den kleineren Landwirten förmlich erede zugelassen werden sollen. Dieser Antrag datiert seit März, kommt aber erst jetzt zur Beratung. Die Krise hat sich seitdem verschärft, und die Situation auf dem Lande ist sehr schwierig geworden. Das hat seine Ursache darin, daß die Preise für Landwirtschaftliche Produkte niedrig gehalten wurden, während die Preise für Industrieerzeugnisse bedenklich gestiegen sind.

Abg. Wladislaw Ostrowski (Piast) begründet die Dringlichkeit des Antrags betreffend die Beschleunigung in der Durchführung der Agrarreform. Die Dringlichkeit wurde anerkannt und der Antrag der landwirtschaftlichen Kommission überwiesen.

Auch ein Antrag der Wyżwolenie-Partei fordert beschleunigte Durchführung der Agrarreform. Abg. Potemski: Die Aktualität dieses Gesetzes ist nicht gegangen, im Gegenteil, sie ist sehr gewachsen. Seit Jahren hat auf dem Lande keine so große Not geherrscht wie heute. Wenn Möglichkeit zur Auswanderung bestehen würde, würden viele von dieser Möglichkeit Gebrauch machen.

Die Dringlichkeit wird anerkannt.

Nächste Sitzung: Freitag nachmittag 4 Uhr.

Die Antwort der Regierung Marr an die Deutschnationalen.

WTB. teilt mit: „Die Reichsregierung ist, wie wir erfahren, auch angesichts des Beschlusses des Vorstandes der Deutschnationalen Volkspartei entschlossen, pflichtgemäß die ihr übertragenen Regierungsgeschäfte nicht vor dem Zusammentritt des Reichstages aus der Hand zu geben. Sie hat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, Deutschland in den Verhandlungen über die Sachverständigenkästen zu vertreten und die zur Durchführung der Gutachten erforderlichen Gesetzentwürfe vorzubereiten. Der von der Reichsregierung vertretene Standpunkt hinsichtlich der Sachverständigenkästen wird nach den eigenen Erklärungen geteilt von der Sozialdemokratischen Partei, von der Zentrumsparthei, von der Deutschen Volksparthei, von der Demokratischen Partei und von der Bayerischen Volksparthei, die auch im neuen Reichstag auf jeden Fall über eine weit größere Stimmenzahl verfügen, als eine etwaige gemeinsame Opposition der Deutschnationalen Volksparthei, der Kommunistischen Partei und der Bölkischen Freiheitspartei. Bei dieser Sitzung erachtet die Reichsregierung den Besluß des Vorstandes der Deutschnationalen Volksparthei als nicht im Einklang stehend mit den tatsächlichen Verhältnissen, wie sie sich nach der Willensbildung des deutschen Volkes in den Reichstagswahlwahlen ergeben haben. Für die Reichsregierung wäre es unverantwortlich, wollte sie aus innerpolitischen Gründen die außenpolitischen Interessen Deutschlands ausspielen.“

Vom deutschen Reichstag.

Angefochte Wahlen.

Oberschlesien.

Wie die „Zeit“ hört, ist mit einer Ungültigkeitsklärung der Wahlen in Oberschlesien zu rechnen. Die von der Deutschen Wirtschaftspartei eingereichte Liste ist von der Wahlleitung unberichtigterweise zurückgewiesen worden. Die Wirtschaftspartei hat dagegen Protest eingelegt. Nach dem Ausfall der Wahlen in den übrigen schlesischen Wahlkreisen wäre zu erwarten gewesen, daß die Wirtschaftspartei auch in Oberschlesien mit ihrer Richtung zur Geltung gekommen wäre. Man rechnet damit, daß angesichts dieser Tatsache die gesamten Wahlen in Oberschlesien nochmals vorgenommen werden müssen.

Ostpreußen.

Einen Protest gegen die ostpreußischen Reichstagswahlen, in dem die Auordnung einer Neuwahl gefordert wird, hat der Provinzialverband Ostpreußen der deutschen Demokratischen Partei beim Kreiswahlleiter eingereicht. Begründet wird der Protest damit, daß die Deutschnationale Volksparthei ein mit der Überschrift „Bekanntmachung“ versehenes Flugblatt in ganz Ostpreußen verbreitet hat, das einen amtlichen Charakter vorstüsste und deshalb eine ungehörige Wahlbeeinflussung darstellt. Der Satz der Bekanntmachung: „Sie müssen oben rechts in die Abteilung Nr. 3 ein Kreuz machen, wie es auf dieser Abbildung aufgezeichnet ist, sonst ist es für uns ungültig“ hat eine große Zahl von Wählern veranlaßt, diese Abteilung (das heißt Deutschnational) zu wählen, die ihnen ganz allein als gültig galt. Sodann hebt die Einigung als zweiten Protestgrund hervor, daß die Polizeibehörde in der Provinz das erwähnte Flugblatt nicht beschlagnahmt und die weitere Herstellung nicht verhindert hat.

Kabinett-Kombinationen.

Ein Berliner Mittagsblatt hatte eine Reihe von Persönlichkeiten mit Namen angeführt, die von den Deutschnationalen als Ministerkandidaten in einem neuen Kabinett in Aussicht genommen seien, so die Herren Hergt oder Wallraf als Kanzler, den früheren Gesandten v. d. Landen als Minister des Auswärtigen und den Schwiegersohn des Admirals v. Tirpitz, Generalkonsul v. Hassell, als Staatssekretär des Auswärtigen Amtes. Ein markanter Deutschnationaler Seite wird diesem parlamentarischen Bureau hierzu mitgeteilt, daß diese Mitteilungen ganz unzutreffend seien. Personalfragen seien von der deutschnationalen Fraktion überhaupt nicht erörtert worden. Wie weit dieses Dementi richtig ist, entzieht sich unserer Kenntnis. Auf eine Angabe des erwähnten Mittagsblattes kann sich — nach Ansicht der „Frank. Big.“ —

das Dementi jedenfalls nicht beziehen, daß nämlich Herr Hergt Herrn Dr. Stresemann gern als Botschafter nach Washington schicken möchte.

206 neue Reichstagsabgeordnete.

Aus den jetzt aufgestellten Fraktionslisten des Reichstages geht hervor, daß im ganzen 206 neue Abgeordnete in den Reichstag gewählt worden sind. Darunter befinden sich von 96 Deutschnationalen 47 neu; von 10 Abgeordneten der Landliste sind 3, von 44 Volksparteiern 2, von 32 Deutschnationalen 29, von 5 Welfen 3, von 28 Demokraten 6, von 66 Zentrumsabgeordneten 18, von 3 Mitgliedern des Bayerischen Bauernbundes 1, von 16 Abgeordneten der Bayerischen Volksparthei 4, von 100 Sozialdemokraten 23, von 62 Kommunisten 52 neu gewählt. Ganz neu in den Reichstag treten ein: Der Wirtschaftsbund des Mittelstandes mit 7, die Deutschnationalen mit 4 Abgeordneten. Auch die Zahl der Doppelmandate mit dem Preußischen Landtag ist ziemlich bedeutend. Insgesamt 10 Deutschnationalen, 2 Volkspartei, 4 Zentrumsabgeordnete, 2 Wirtschaftspartei, 5 Sozialdemokraten und 5 Kommunisten, insgesamt 28, gleichzeitig Mitglieder des Landtages. Die Zahl der weiblichen Abgeordneten des Reichstages beträgt 26.

Berchiebung im Reichslager.

Aus Berlin meldet WTB. Nach dem letzten amtlichen Ergebnis der Reichstagswahlen erhöht sich die Zahl der Mandate der Deutschen Volksparthei auf 45, während sich die der Deutschnationalen einschließlich der Landliste auf 105 verminder.

In der Pfalz war von der Deutschen Volksparthei und der Deutschnationalen Volksparthei ein gemeinsamer Kreiswahlvorschlag „Vereinigte Nationale Rechte“ aufgestellt worden, der dem Reichswahlvorschlag der Deutschnationalen Volksparthei angeschlossen war.

In der amtlichen Zusammenstellung der Wahlergebnisse sind die auf Kreiswahlvorschläge abgegebenen Stimmen jeweils dem Reichswahlvorschlag, an den sich der Kreiswahlvorschlag angegeschlossen hatte, zugeschlagen. Die auf den Wahlvorschlag „Vereinigte Nationale Rechte“ der Pfalz abgegebenen 83542 Stimmen erscheinen daher in der Gesamtstimmenzahl der Deutschnationalen Volksparthei. Nunmehr hat aber der auf diesen Wahlvorschlag gewählte Dr. Bayr erklärt, daß er sich der Deutschen Volksparthei anschließen wollte. Dadurch vermindert sich die Zahl der Deutschnationalen um einen Sitz.

Berlin, 21. Mai. PAT. Wie die reichsdeutsche Presse aus parlamentarischen Kreisen erfährt, hat der bisherige Reichstagspräsident Löbe nach Berichtigung mit der Regierung die Absicht, den neuen Reichstag auf den 27. Mai einzuberufen. Die endgültige Festsetzung des Termins erfolgt, nachdem der Reichstagspräsident sich mit den Führern der Parteien des neuen Parlaments verständigt hat.

Republik Polen.

Reisen des Staatspräsidenten.

Der Staatspräsident Wołciechowski, der vorgestern aus Krakau nach Warschau zurückgekommen ist, begibt sich am Sonnabend, den 24. Mai, nach dem Osten, u. a. wird er Baranowice und Słonim besuchen. Die Rückreise nach Warschau erfolgt am 28. Mai.

Bolshevistische Räuberbanden in Polen.

Wilna, 18. Mai. Wie polnische Blätter berichten, übertritt heute eine bolschewistische Bande von etwa 200 Personen uniformiert und mit Revolvern, Karabinern und Handgranaten bewaffnet, die polnische Grenze, griff das Dorf Krzywica an und raubte die Bevölkerung systematisch aus. Der polnische Polizeiposten, vier Mann stark, griff die Bande an, hatte aber natürlich gegenüber der Übermacht keinen Erfolg. Einer der Polizisten wurde getötet und die drei anderen verwundet. Die Bande führte die Beute auf 16 Wagen fort. Von Krzywica zog die Bande in Richtung Bielawa weiter und terrorisierte die Bevölkerung der Dörfer und Güter. U. a. raubten die Banditen die Dörfer Frywan und Słoszowice aus. Der Führer der Bande war nach Angabe der Blätter der Attaman Smulski. Aus Warschau haben sich im Auftrage der Regierung mehrere Beamte an den Tatort begeben.

Generalkirchenvisitation.

Der Kirchenkreis Böben, den Superintendent Müller in Weisenhöhe leitet, hat seinen Mittelpunkt in dem Eisenbahnknotenpunkt Nakel. In Nakel begann darum die Visitation mit einer Konferenz der Geistlichen und Laien, die unter dem Vorsteh von Generalsuperintendent D. Blaum die Visitationsskommission bildeten und die einzelnen Arbeiten unter sich verteilten. In Nakel hat es seit den Tagen der Reformation Evangelisch gegeben, aber erst am 16. Mai 1824, also gerade vor 100 Jahren, wurde die erste evangelische Kirche in Nakel eingeweiht, wo trotz der großen Abwanderung immer noch eine evangelische Kirchengemeinde von etwa 2200 Seelen vorhanden ist, die unter großer Beteiligung die Visitation aufnahm. Dienstag früh vor dem Festgottesdienst begrüßte der Gemeindekirchenrat durch seinen stellvertretenden Vorsitzenden Gutbesitzer Birschel aus Erlau den Generalsuperintendenten im Namen der Gemeinde mit herzlichen Segenswünschen, die voll Vertrauen und Verehrung zu ihrem Oberhirten ansprechen. Der Gemeindekirchenrat geleitete darauf den Generalsuperintendenten und den Präses der Landesvisitation v. K. L. Dzembrowski sowie die übrige Visitationsskommission feierlich in die freundlich ausgeschmückte stattliche Kirche, die 1200 Sitzplätze zählt und trotz des Wochenmarktes bis auf den letzten Platz gefüllt war. Generalsuperintendent D. Blaum leitete den Gottesdienst und die gesamte Generalkirchenvisitation mit einer Eröffnungsansprache, die Christus als Grund, Kraft und Hoffnung für Kirche und Gemeinde lebendig werden ließ, Gedanken, die der Pfarrer Wehrhan in der Predigt, die Gab und Aufgabe der Christenfreude aufnahm. Pfarrer Benick aus Willisach sprach anschließend mit der konfirmierten Jugend über rechte Brüderlichkeit im Unterschied von allgemeiner Menschenliebe, Freundschaft und Nächstenliebe. Eingerahmt wurden die Ansprachen durch frischen Gemeindegesang und zwei Gesänge („Herr, deine Güte reicht so weit“ von Hauptmann und „Gott ist mein Hir“ von Schubert), die ein gut geschultes Frauenchor unter Leitung von Fräulein Poels tief empfunden zum Vortrag brachte. Auf dem Festgottesdienst folgte ein Schulgottesdienst, Superintendent Müller aus Weisenhöhe hielt die Unterredung mit den Schülern, die auch einige Kirchenlieder sangen, während der Generalsuperintendent mit einer Ansprache an die Kinder und mit einer Befreiung mit den Lehrern die Feier abschloß, der eine Sitzung mit dem Gemeindekirchenrat folgte. Abends um 7 Uhr sprach Pfarrer Kammler aus Löbau noch auf einem Gemeindeabend in der Kirche zu Erlau über die Innere Mission in unserem Lande als eine notwendige Betätigung der Gesamtkirche und eine persönliche Glaubensverpflichtung, während vorher noch die Friedhöfe in Nakel und Erlau besichtigt wurden, auch der Generalsuperintendent den Schwestern und den Kranken des Evangelischen Siechenhauses einen Besuch abgestattet hatte.

Urząd skarbowy
podatków bezp. i opłat Skarbowych,
Bydgoszcz.

Auf Grund des § 3 der Verordnung des Finanzministers vom 6. 3. 24 (Dz. Ust. R. P. Nr. 24 Pol. 283) und des Art. 13 des Gesetzes vom 11. 8. 22 über die Vermögenssteuer (Dz. Ust. R. P. Nr. 94 Pol. 746) sind für die Angelegenheit der Vermögenssteuer für den Bydgoszcz erstmals zwei Schätzungscommissionen eingesetzt worden, von denen die eine die Stadt, die zweite den Kreis Bydgoszcz umfasst. Amtsstelle beider Commissionen ist die Stadt Bydgoszcz, ulica Jagiellońska 21. Lokal des Schatzamtes für die unmittelbaren Steuern und die Schatzgebühren. Die Zahl der Mitglieder der Commissionen und ihrer Vertreter beträgt für den Bezirk Bydgoszcz-Kreis 24 und ebensoviel Stellvertreter, für den Bezirk Bydgoszcz-Kreis beträgt sie 18 Mitglieder und ebensoviel Stellvertreter.

Naczelnik Urzędu
(gez.) Chmarzewski.

17203

Am 23. d. M., 12 Uhr mittags,
findet die Besteigung von
3 Waggonen Kohle und
3 Waggonen Rundholz
statt.
Expedycja towarowa Bydgoszcz.
ges. Rociszowski, st. nac.

17212



MARKE
TEEKAUNE
„der Gehaltvolle.“
also der billigste und zugleich
der feinstes Tee im Verbrauch

1921

Wir offerieren
zu

vorteilhaften Tagespreisen
und Zahlungsbedingungen

unsere

anerkannt erstklassigen
Dachpappen in allen Stärken

sowie

la dest. Steinkohlenteer

la Klebemasse
la Papp - Nägel

Portland-Cement
Stück-Kalk, Gips
Rohrgewebe

mit verzinkten Drähten
ab unseren Fabriken

Fordon, Nakło, od. Lager Bydgoszcz

Kostenanschläge
für Dachdecker-Arbeiten werden
unentgegnetlich von uns erteilt.

Dachpappen-Fabriken
„IMPREGNACJA“
T. o. p.
Zentrale Bydgoszcz
Jagiellońska 17 — Plac Teatralny
Telefon Nr. 1214. 10566

Polska Hurtownia Blachy

Tel. 5546. T. o. p. Tel. 5546

w Poznaniu, ul. Sew. Mielińskiego 23
Telegrammadr.: Polskablacha Poznań,

empfiehlt direkt ab Lager und in jeder
Menge zu Konkurrenzpreisen: 10533

Zinblech, verzinktes Blech,
engl. Weissblech, Schwarzbled.

Deöffentlicher Ankauf!

In einer Streitsache
kaufe ich vom Mindest-
fordernden auf fremde
Rechnung am Freitag,
d. 23. Mai, nachm. 3 Uhr
in meinem Büro, 1220

Dworcowa 95

661,50 Str.

Roggenkleie.

Wt. Junk,
zaprzyjony senzal-

handlowy przy Izbie
Przemysłowo-Handlo-
wej w Bydgoszczy.

Den gebrauchten Damen
zur Kenntnis, daß mit

dem 19. Mai 1924 eine

Näh- und Ju-
schnellerinnen-Schule

eröffnet wurde. Ertheile
auch Abendkurse für

Damen. Lehrmädchen

sonnen sich an jeder

Tageszeit melden. soer-

Bydgoszcz,
Dworcowa 18 c, III.

Feine 5068

Herrenwäsche

wäscht, plättet, sauber,

schnell Gardinenpann.

Izole, Jasna 22, Hof, pt.

Golos, Matratzen

werd. billig aufgeboten.

in u. auk. d. Hause. Off.

u. S. 8074 a. d. Gt. d. 3.

Rossetaningen

höchstpräm. Abstamm.,
Zucht- und Jungtiere,

sofort billig abzugeben.

Unterlagen nur

geg. Rückporto. Ferner

Tomaten und

Rohlpflanzen

in nur besten Sorten.

Gärtnerie, 5077

Bydgoszcz, Fordońska 5.

Endstat. der Straßenb.

Hausfrauen

la Braunkohlen-

Briketts

sind eingetroffen. 1719.

Gustav Schroeder

Pomorska 16. Tel. 1775.

Bis 50% billiger

Tücher für Herrn. Anzüge
blau, von 6000 000

Woll- & Rammgarn für

H. Anzüge 17 000 000

Trotte für Asiatiken u.

Kleider von 1 900 000

Intlett, ausländ. Ware,

doppel. von 4 000 000

Leinen, in u. ausländ.

Ware, von 2 650 000

Stoffe, gestreift, für

Kleider 1 500 000

Kreton, beste Qualität

1 800 000

Wolle, Batik, Gardinen

in großer Auswahl.

Dafür, daß man

billiger kauft, als in

Łódź im Detail, gebe

ich volle Garantie.

Wer das Gegenteil be-

weist, dem zahle ich

20 Millionen Mark.

Geschäfts-Inhaber

B. Matowsli,

Izole, Chełmińska 1.

Achtung! Bei größerer

Einführung gebe-

wäre ich 10% Rabatt.

1921

Zur

Antertigung von

Trauer-

Anzeigen

empfiehlt sich

A. Dittmann,

G. m. b. H.

Ramm

verloren. Gegen Be-

lohnung abzugeben. bei

Bürger,

Plac Wolności 2.

St. Schäferhandin

dunkelgrau, breit.grau.

Hölz., abh. gel. Meld.

bitte Bürostr. 22, IV, r.

Geldmark.

Suche von sofort auf

500 Morgen gr. Landw.

i. Kreis Bromb., Fried-

enswert 250 000 M.

eine Hypothek von

14 000 M. Netto geg. an-

gemessene Verzins., auf

mehr Jahre. Angebote

u. S. 7909 a. d. Gt. d. 3.

5—10 000 Dollar

in Zloty-Währung von alteingesessenen

erstklassigen Industrie-
und Handelsunternehm.

im ganzen oder in Teilbeträgen, evtl. gegen

hypothekarische Sicherheit, bei zeitgemäßer
Verzinsung zu leihen gerufen. Angebote unter

W. 7987 an die Geschäftsstelle dieser Sta. erb.

365,50 Str.

Roggenkleie.

Wt. Junk,

zaprzyjony senzal-

handlowy przy Izbie

Przemysłowo-Handlo-

wej w Bydgoszczy.

Den gebrauchten Damen

zur Kenntnis, daß mit

dem 19. Mai 1924 eine

Näh- und Ju-

schnellerinnen-Schule

eröffnet wurde. Ertheile

auch Abendkurse für

Damen. Lehrmädchen

sonnen sich an jeder

Tageszeit melden. soer-

Bydgoszcz,

Dworcowa 18 c, III.

Feine 5068

Heiraten

mit einer netten Dame.

Etwas Vermögen und

Möbel gew. Wohnung

vorhanden. Gef. Ang. u.

u. S. 8080 a. d. Gt. d. 3.

365,50 Str.

Teilhaber

von sofort gesucht. Eig.

von Stadt und Bahn

Elbing geeignet. Fach-

mann mit eventl. Handel-

slaubnis (Christ)

m. Einlage v. 10-12000

Gold-Mt. als tätiger

Teilhaber

von sofort gesucht. Eig.

von Stadt und Bahn

Elbing geeignet. Fach-

mann mit eventl. Handel-

slaubnis (Christ)

m. Einlage v. 10-12000

Gold-Mt. als tätiger



Telefon 207.

die Stoßtypen-Schreibmaschine

Generalvertreter: W. Oklitz, Inhaber: Willibald Oklitz
Bydgoszcz, Stary Rynek 14.

Telefon 207

KANOLD

Sahnebonbons

von unübertrefflicher Güte,
zu haben in

16894

Zuckerwaren - Handlungen.

Gener.-Vertr.: Bruno Reimann,
Bromberg, Wollmarkt 14.

Aerztl. empfohlenes Malzbier!

„Matus“

besonders für stillende Mütter geeignet, ist eine Spezialität
der bekannten Brauerei

Zdrojewski & Thiel

vorm. Julius Strelow.

17181

Literweise Abgabe in der Brauerei
von 8 bis 10 Uhr vormittags und von 6 bis 7 Uhr nachm.

Ostrau - Karwiner Gießerei - Röts

liefern waggonweise

16514

Schlaaf & Dąbrowski

Sp. z o. p.

Telefon 1923. ulica Marcinkowskiego 8 a. Telefon 1923.

Torfstechmaschinen

Torfpresen für Dampf- u. Roßwerksbetrieb, Elevatoren,

Ziegeleimaschinen

wie Pressen, Abschneider usw., empfiehlt in bewährter
Konstruktion und solider Ausführung

Maschinenfabrik F. Eberhardt, Sp. z o. p., Bydgoszcz.

Bei Anfragen Bezugnahme auf diese Zeitung erbeten. 17054

Damen - Strohhüte
werden auf neueste
Gassons umgearbeitet
Razimierz Seifert,
Długa 65. 7835

Foto-Atelier „Rubens“

Inh.: Josef Tschernatsch,

Gdańska 153. 17183

Ausnahmepreise bis 15. Juni:

12 Porträtkarten 3 Złoty
12 Paßbilder 2 Złoty.

Komplette Büro-
einrichtungen wie:

Schreibtische

Schreibmaschinen-

Tische

Altenchränke

große u. kleine

Altenständner

Schreibtischstühle

und Stühle

gibt ab zu Fabrik-

preisen. 16999

Kurt Gabriel,

Naruszewicza Nr. 2.

Zornaten - Pflanzen

mit Topfsäulen, glatte

runde Früchte,

Ballon - Pflanzen

in größter Auswahl.

Gämtliche Gemüse-

Pflanzen - Stauden.

Robert Böhme,

L. z o. p. 7875

Bydgoszcz. Tel. 42.

Prima Schmier - Seife

das beste was es gibt,
aus bestem, reinen Leinöl,

offeriere nur an

Wiederverkäufer.

Julian Król,

Chem. Fabrik, Bydgoszcz.

Komplette autog.
Schweiß- u. Schneid-Anlagen
sowie alle einzelnen Bestand-
teile, auch Stahl - Flaschen,
Schweiss - Drähte u. - Pulver etc.
liefer

G. O. Kühn, Maschinenfabr.,

Lodz. Ziesska 56. 16025

Brennabor

Für Geschäft und Beruf

Für Sport und Erholung

Das beste Rad

Vertreter:

Willy Jahr, Bydgoszcz

Dworcowa 18 b. 16469

Wer probt, der lobt!

Pola - Seifenpulver

35% Fettgehalt! 17108

Anerkannte reinblütige Rambouillet - Stammherde Nartowony

pow. Tczew (Pomorze-Pommern).

Gegründet 1864.

Grand prix 1900. Gold. Medaille Charlottenburg 1903.

Leitung: Schafzucht-Abteilung der Pomorska

Izba Rolnicza, Toruń. 16852

Der Verlauf von Zuchtböden

findet im Wege des Meistgebots am
Freitag, d. 30. Mai 1924, nachm. 2 Uhr
statt.

Bei Anmeldung stehen Wagen zur Abholung
auf den Bahnhöfen in Tczew und Nartowony
(Bahnstrecke Bydgoszcz-Tczew) bereit.

Telefon: Tczew 68. Preuß.

Arbeitsgeschirre

aus bestem eichenlohgarem Leder

liefer billigt 16670

Ernst Schmidt, Bydgoszcz
Treibriemenfabrik.

„Turkos“

Qualitäts - Zigarette

580 000,- Mark
pro 20 - Stück - Packung

in jedem Spezial-Geschäft
erhältlich

Fabryka papierosów, tytoniu i gilz

„Druk“, Bydgoszcz.

Poznańska 28.

Telefon 1670. 16928



Hohlschleiferei

für Scheren u. Messer aller Art

insbesondere Rasiermesser

Präzisions - Hohlschliff mit garantierter
guter Schneide

Kunsthohlschleiferei für ärztliche
und tierärztliche Instrumente

Solinger Stahlwaren Mechanische Werkstatt

Kurt Teske, jetzt Posener Platz Nr. 4.

Telefon 1296. 16462



Hersteller: Urbin-Werke, Chem. Fabrik

G. m. b. H. Danzig. 16462